



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Stadtentwicklungssenator bezieht Position zu Angebotsmieten auf Immobilienportalen / mit Bezug auf BBU-Daten

10.03.2023 Fachinformation

Zu Berichten über stark gestiegene Angebotsmieten auf Internetportalen sagte Berlins Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel am 10. März 2023: „Da sich die Zahlen ausschließlich auf Angebotsmieten in Online-Immobilienportalen stützen, ergeben sie kein repräsentatives Bild. Natürlich hat Berlin mit steigenden Mieten zu kämpfen, das ist richtig. Aber die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (LWU), die Genossenschaften und auch viele Private inserieren ihre freien Wohnungen nicht in diesen Immobilienportalen, weil für sie dort Aufwand und Nutzen nicht stimmen.“ Geisel verwies auf die vom BBU erhobenen Bestandsmieten der Mitgliedsunternehmen, die 45 Prozent des Berliner Mietwohnungsmarktes abdecken, betrugen 6,52 Euro im Jahr 2022; die Neuvertragsmieten (incl. Neubau) lagen bei 7,95 Euro.

Die steigenden Angebotsmieten zeigten aber eine Tendenz, die deutlich mache, dass das zu geringe Angebot die Preise weiter antreibe, so Senator Geisel. „Es ist also dringend notwendig, den Wohnungsneubau nicht aus den Augen zu verlieren. Nur wenn wir den Wohnungsneubau weiter ankurbeln werden wir die Preisspirale durchbrechen.“ In diesem Zusammenhang forderte Senator Andreas Geisel erneut eine Verschärfung der Mietpreisbremse des Bundes. Mieterinnen und Mieter sollten sich aufgrund des zu geringen Angebots nicht davor scheuen, ihre Rechte einzuklagen. „Bundesrechtlich ist eine Verbesserung der staatlichen Kontrollmöglichkeiten in angespannten Wohnungsmärkten erforderlich. Die Bundesregierung muss hier endlich eine Rechtsgrundlage zur Prüfung und Sanktionierung schaffen“, sagte Senator Andreas Geisel.

<https://bbu.de/beitraege/stadtentwicklungssenator-bezieht-position-zu-angebotsmieten-auf-immobilienportalen-mit-bezug-auf-bbu-daten>